Hauptauslöser für Geldnöte ist der Jobverlust

Alleinerziehende sind häufig überschuldet

Alleinerziehende Frauen sind in Deutschland besonders häufig überschuldet. 14 Prozent der Hilfesuchenden bei Schuldnerberatungen waren 2012 Frauen, die ihre Kinder allein erziehen. Dieser Anteil ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mehr als doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Kinderlose Paare rutschen hingegen vergleichsweise selten in diese Misere: Sie stellten zwar 16 Prozent der Überschuldeten – ihr Anteil an der Bevölkerung ist aber etwa doppelt so hoch.

Hauptauslöser für die private Überschuldung ist den Angaben zufolge der Verlust des Arbeitsplatzes. Mehr als jeder Vierte der 84 500 Menschen, die sich im vergangenen Jahr in Deutschland wegen ihrer finanziellen Probleme beraten ließen, hatte zuvor seinen Job verloren. Aber auch Trennung, Scheidung oder der Tod des Partners (zusammen 14 Prozent) sowie eine Erkrankung, Sucht oder ein Unfall (zusammen 13 Prozent) führten häufig zu massiven Geldproblemen.

In der Beratung von Schuldnern geht es erfahrungsgemäß nicht immer um ganz große Geldsummen

Im Durchschnitt hatten die Hilfesuchenden zu Beginn der Beratung zwar fast 34 000 Euro Schulden. Jeder Zehnte stand aber einer vergleichsweise geringeren Summe von 2100 Euro in der Kreide, jeder Zweite mit rund 14 300 Euro.

Foto: Wanja Jacob / fotolia

14 Prozent der Hilfesuchenden bei Schuldnerberatungen waren 2012 Frauen, die ihre Kinder allein erziehen.

Telefonschulden bei jungen Menschen

Auffällig sind in der Statistik die relativ hohen Schulden junger Menschen bei Telefongesellschaften: Die unter 25-Jährigen schuldeten den Unternehmen demnach im Schnitt mehr als 1400 Euro – fast ein Fünftel ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller beratenen Menschen betrug der Anteil der Schulden bei Telefongesellschaften drei Prozent oder 845 Euro.

Karte nur noch elektronisch

Ab 1. Januar 2014 werden Arztbesuche nur noch über die elektronische Gesundheitskarte (eGK) abgerechnet. Alle anderen Karten verlieren ihre Gültigkeit, unabhängig von ihrem angegebenen Ablaufdatum.

Rund 95 Prozent der Versicherten besitzen bereits die eGK. Die übrigen fünf Prozent sollten so schnell wie möglich ein Foto bei ihrer Krankenkasse einreichen, damit die neue eGK noch rechtzeitig ausgestellt werden kann.

Wer im nächsten Jahr ohne die Gesundheitskarte ärztliche Leistungen in Anspruch nimmt, muss damit rechnen, dass er zwar behandelt wird, aber die Kosten dafür privat zahlen muss, wenn er nicht innerhalb von zehn Tagen nach der Behandlung den gültigen, neuen Versicherungsnachweis nachreicht.

Urteile

Verfassungsbeschwerde unzulässig

Der Staatsgerichtshof (StGH) für das Land Baden-Württemberg hat die Verfassungsbeschwerde einer privaten Beschwerdeführerin gegen den neuen geräteunabhängigen einheitlichen Rundfunkbeitrag als unzulässig zurückgewiesen.

Die Beschwerdeführerin wendete sich dagegen, dass sie – obwohl sie seit Jahrzehnten grundsätzlich nur das Hörfunk-, und nicht auch das Fernsehangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Anspruch nimmt – seit dem 1.1.2013 auf der Grundlage des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages zu einem einheitlichen Rundfunkbeitrag von 17,98 Euro pro Monat herangezogen wurde. Die Richter entschieden jedoch, dass die Beschwerdeführerin zunächst den Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten bestreiten müsse. Dort sei zu prüfen, ob die von der Beschwerdeführerin aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Zweifel zu einer teilweisen Befreiung von den Beiträgen führen könnten.

Seit dem 1.1.2013 ist das neue Rundfunkbeitragsrecht in Kraft. Grundsätzlich befürwortet der SoVD die Umstellung von einer gerätebezogenen Gebühr auf einen haushaltsbezogenen Beitrag. Der Verband wendet jedoch ein, dass das neue Rundfunkbeitragsrecht in einigen Bereichen zu sozialen Ungerechtigkeiten führt. Menschen mit Behinderung und mit kleinem Einkommen sind davon besonders betroffen. Der SoVD fordert, dass das Rundfunkbeitragsrecht zeitnah nachgebessert werden muss. Die Rundfunkbeitragsbefreiung stellte jahrzehntelang einen bewährten Nachteilsausgleich für behinderte Menschen dar, die aufgrund ihrer Behinderung öffentliche Kulturangebote nicht so nutzen können wie nichtbehinderte Menschen. Der neue Vertrag sieht die Abschaffung dieses Nachteilsausgleichs vor, weshalb viele behinderte Menschen erstmals zur Zahlung des Rundfunkbeitrages herangezogen werden. Der SoVD kritisiert dies mit Nachdruck. *juris / eig.Bericht*

Foto: damato / fotolia

Auch Gehörlose müssen jetzt den Rundfunkbeitrag zahlen.

SoVD im Gespräch

Foto: Herbert Schlemmer

Zu einem Gespräch in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer (2. v. li.) den Vorstand des BKK Dachverbandes e. V., Franz Knieps (2. v. re.), zu einem Gespräch. Teilnehmende waren auch die Bundesgeschäftsführerin, Martina Gehrmann (Mi.), der Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Ragnar Hoenig (li.), sowie BKK-Referentin Julia Kunkel (re.).

Gespräch mit Vorstand des BKK

Am 17. September empfing der Präsident des SoVD, Adolf Bauer, den Vorstand des BKK Dachverbandes e. V., Franz Knieps, zu einem Gespräch in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD. Der BKK Dachverband ist die Spitzenorganisation von 109 deutschen Betriebskrankenkassen und ihrer fünf Landesverbände. An dem Gespräch nahmen vonseiten des BKK Dachverbandes die Referentin für Politik, Julia Kunkel, und vonseiten des SoVD die Bundesgeschäftsführerin, Martina Gehrmann, und der Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Ragnar Hoenig, teil.

Das Gespräch diente als Kennenlern- und Fachgespräch und kam aufgrund des im Juni vorgestellten SoVD-Konzepts für eine Fortentwicklung der Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung zustande. Dementsprechend war das SoVD-Konzept neben der aktuellen Finanzsituation in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Schwerpunkt des Gesprächs. Franz Knieps stellte Aufgaben und Struktur des im Januar 2013 neu gegründeten BKK Dachverbandes vor.

Das Gespräch fand in vertrauensvoller Atmosphäre statt. Die Teilnehmenden vereinbarten, den gesundheitspolitischen Dialog fortzuführen.

Seminar zeigt Pflegesysteme in Europa

An einer Taiex-Veranstaltung („Informationsaustausch und technische Unterstützung") zum Thema Pflegeversicherung hat Fabian Székely, Referent im SoVD-Bundesverband, am 5. und 6. September in Ankara / Türkei teilgenommen. Taiex ist ein Instrument der EU-Kommission, um Beitrittsländer und Beitrittskandidaten dabei zu unterstützen, EU-Vorgaben umzusetzen bzw. bestehende Regelungen anzugleichen. Neben staatlichen und nichtstaat-

Fortsetzung auf Seite 5